

Zwischenbilanz zur Arbeit der „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“

Köln / Neuss im November 2014

Sehr geehrte Damen und Herren in der Kommission!

Als MediatorInnen im öffentlichen Bereich beobachten wir die Kommission seit ihrer Entstehung sowie in deren Vorfeld.

Bereits die Einsetzung der Kommission war ein schwieriger Prozess, der unter ungünstigen Bedingungen stattfand – ungünstig vor allem deshalb, weil ein Dialog, der gute Lösungen hervorbringen soll, Zeit braucht. Wir verweisen dazu auf unser Schreiben vom 7. April 2014. Diese Zeit hat man sich damals nicht genommen und dies hatte und hat konflikt-dynamische Auswirkungen.

Mit einiger Verzögerung hat die Kommission ihre Arbeit aufgenommen und wir möchten uns mit einer Zwischenbilanz an Sie wenden:

1. Die Arbeit der Kommission hat einen gemeinsamen Auftrag, der ihr seitens der Politik vorgegeben ist. Bislang ist noch nicht erkennbar, dass dieser gemeinsame Auftrag auch in von allen Mitgliedern gemeinsam getragene Ziele verwandelt wurde. Aktuell prägen Partikularinteressen das Bild nach außen - mit der Folge, dass die Arbeit der Kommission insgesamt nicht rund läuft und das auch so wahrgenommen wird.
2. Das intensive Bemühen einzelner Kommissionsmitglieder, die Kommission trotz aller Anlaufschwierigkeiten auf eine breite Basis zu stellen und so gute Arbeit zu ermöglichen, erkennen wir hierbei ausdrücklich an. Dazu bieten wir ihnen gerne unsere fachliche Unterstützung an.
3. Wir beobachten, dass sich die Kommission in die inhaltliche Arbeit gestürzt hat, bevor sie sich als Ganze überhaupt gefunden hat. Erfolgreiche Findungsprozesse sind aber unabdingbare Voraussetzung für eine konstruktive Arbeit an eskalierten Konflikten. In dem Maße, wie man sie zu überspringen versucht, holen sie einen später wieder ein und werfen den Zeitplan durcheinander.

4. Entscheidungen sollten laut Entschließungsantrag und Geschäftsordnung erklärtermaßen im Konsens getroffen werden, doch diese wichtige Form der Entscheidungsfindung wird nicht angewendet.
5. Es ist Brauch bei Verhandlungen, dass alle Beteiligten zum Gelingen des Prozesses eine Friedenspflicht wahren. Dazu gehört im Falle der Kommissionsmitglieder, dass sie während ihrer Arbeit Handlungen außerhalb der Kommission unterlassen bzw. für deren Unterlassen zu sorgen, die die konstruktive Arbeit der Kommission gefährden.

Als solche Handlungen ordnen wir die unangekündigten Klagen der Energieversorger ein. Sie sind in der Gestalt ihrer Kommissionsvertreter Teil der Kommission und klagen zugleich gegen die Rahmenbedingungen des StandAG. Dialog und Klageweg schließen sich aber aus. Aus unserer Konfliktarbeit kennen wir manchmal durchaus die Notwendigkeit von juristischen Schritten z.B. zur Fristwahrung. Sie werden zur Vertrauensbildung dann aber vorher angekündigt und es wird inhaltlich begründet, warum sie jetzt notwendig sind.

6. Statt jahrzehntelang aufgebautes Misstrauen abzubauen, führt die aktuelle Kommissionsarbeit nach unserer Einschätzung durch die genannten Kritikpunkte insgesamt eher dazu, das Misstrauen wichtiger und für das Thema zentraler gesellschaftlichen Organisationen der Umwelt- und Anti-Atombewegung noch zu verfestigen. Trotz der Besetzung zweier Kommissionsitze durch die Vertreter des BUND und der Deutschen Umweltstiftung ist die Umweltbewegung weiterhin nicht ausreichend repräsentiert, denn diese Vertreter haben nicht die Anerkennung als legitimierte Stellvertreter seitens der Umwelt- und insbesondere der Anti-Atombewegung.

In einer Situation, in der die Betreiber durch ihre Klagen den Verhandlungstisch de facto verlassen haben und die Umweltverbände und Initiativen - der formalen Besetzung der Plätze zum Trotz - nicht am Verhandlungstisch angekommen sind, sollte die Kommission sich die Zeit nehmen, damit einen Umgang zu finden.

Dies mag im herkömmlichen Geschäft unüblich sein, unmöglich ist es dagegen keineswegs – es braucht lediglich den entsprechenden Gestaltungswillen!

Mit freundlichen Grüßen

für den Vorstand des FMöB e.V.

gez.

(Dr. Dieter Kostka)

gez.

(Roland Schüler)

Leitung Fachgruppe Planen&Bauen

Bundesverband Mediation

Kontakt: 0221 952 19 45